

KOMMENTARE



Politisches Drama

Inna Hartwich ist der Meinung, dass der neue Coup von Präsident Wladimir Putin das russische Volk übergeht

Seit Januar übt sich Russlands politische Führung an einer großen Inszenierung. Aufgeführt wird: „Putin oder Die Macht bin ich“. Das Trauerspiel, letztlich ein großes politisches Drama, hatte im Januar seinen Anfang genommen, als der russische Präsident Wladimir Putin bei seiner Rede an die Nation – durchaus überraschend – von einer Verfassungsänderung sprach und daraufhin einen neuen Ministerpräsidenten suchen musste, aber nur ein paar Stunden lang. Bereits diese Übung zeigte ein abgekartetes Spiel hinter den Kulissen, noch bevor die ersten Fernsehkameras überhaupt eingeschaltet waren.

Das Parlament verhöhnt das Volk, das bis 2036 kaum eine Wahl haben wird

Es folgte Akt 2: Eine Arbeitsgruppe sollte die Änderungen, zusammen mit Putin, ausformulieren. Selbst die Politikverdrossenen im Land fragten sich: Was macht der Präsident, wenn seine zweite Amtszeit, oder vielmehr die bereits vierte, im Jahr 2024 ausläuft? Die Menschen in Russland hatten es geahnt, manche auch befürchtet: Putin, mit dessen Namen ein ganzes System – die sogenannte Vertikale der Macht – bezeichnet wird, geht auch dann nicht.

Der 10. März sollte die nächste Überraschung liefern, einen Höhepunkt des Dramas: Putin bleibt, nicht im Hintergrund, wie zunächst angedacht. Er soll auch 2024 als Präsident kandidieren dürfen. Die Verfassungsänderung macht es möglich. Das „Ja“ des Verfassungsgerichts, wie von Putin

großzügig angeregt, ist da nur noch eine Formsache. Das Parlament, die Volksvertretung zum Schein, applaudiert zu seinem eigenen Vorschlag und verhöhnt dadurch das Volk, das bis 2036 kaum eine Wahl haben wird.

Für eine bessere Zukunft verlassen vor allem viele Junge das Land

Die Entscheidung diene der Stabilität, heißt es von den Abgeordneten, wie es stets auch von Putin gesagt wird. Es ist das Mantra eines Mannes, dessen Stabilitätsverständnis zur Unsicherheit und Willkür im Land beigetragen hat. Die Stabilität Putinscher Prägung hat bei vielen zu verzweifelter Passivität geführt. Die Angst hat sich hineingefressen, Angst, einem undurchschaubaren Mechanismus ausgeliefert zu sein, gegen den es sich nicht zu wehren lohnt. Für eine bessere Zukunft verlassen vor allem viele Junge das Land.

Die Änderungen, die der Apparat nun vorschlägt, sprechen für Stagnation

Putin und sein Machtapparat haben in den Umfragen der Soziologen ein diffuses Gefühl nach Wandel erkannt. Doch die Änderungen, die der festgefahrene Apparat den Menschen nun vorschlägt, sprechen für Stagnation, überstrichen mit Patriotismus, konservativen Werten und Tradition. Der Tradition, von außen bedroht zu sein und sich jeder Vielfalt als „unmoralisch“ zu verschließen. Ein Drama endet selten gut.

Täter im Geiste

Miray Caliskan über Hass und Hetze im Netz: Behörden brauchen mehr Mitarbeiter, um gegen Kommentare vorzugehen

Kommentare, die einen Mord beglückwünschen, relativieren, befürworten, rechtfertigen, fallen nicht unter den Begriff der Meinungsfreiheit. Wer Anschläge wie in Hanau feiert, ist ein Krimineller. Er stellt sich moralisch auf eine Stufe mit dem Täter – und wird selbst zu einem im Geiste. Hass und Hetze im Netz, wir wissen von ihrer Existenz. Wir wissen, dass sie verboten gehören, so schnell wie möglich geahndet werden müssen. Wir wissen auch, wo wir sie melden können. Über die Betreiber der sozialen Medien, etliche Online-Plattformen oder die Internetwache der Polizei. Trotzdem treiben sich die Volksverhetzer im Netz herum, als seien sie unantastbar.

Facebook, Twitter, Online-Redaktionen, private Nutzer – jeder sollte Hasskommentare vor dem Löschen sichern und an die Sicherheitsbehörden weitergeben.

Diese sind dazu verpflichtet, den Verfasser und sein Gerät – egal, wie sehr er sich anonymisiert hat – zu identifizieren und zu bestrafen. Auch damit ist es nicht getan. Denn selbst wenn die Inhalte gemeldet werden: Eine konsequente Rechtsdurchsetzung im Netz existiert hier nicht.

Das Hauptproblem bleibt, dass Behörden unterbesetzt sind und nicht hinterherkommen, Anzeigen zeitnah in die Ermittlungen zu übertragen. Die Stellen aufzurüsten und Sanktionen festzulegen, liegt in den Händen der Politik. Sie muss begreifen: So kann es nicht weitergehen. Hass im Netz ist Anreiz für Nachfolgetaten!

Außerdem: „Das darf man wohl noch sagen“ – Mentalitäten sind widerlich und gehören bekämpft. Wie man das am besten schafft, sollte bereits im Kindesalter an Schulen und von Eltern gelehrt werden.

PRESSESTIMMEN

Auch andere Zeitungen befassen sich mit Russland:

„Süddeutsche Zeitung“

Damit alle in Russland weiterhin friedlich mitspielen, soll es nicht so aussehen, als gewinne nur Wladimir Putin allein. Deshalb hat er einiges unternommen, um von seinem persönlichen Nutzen abzulenken. Er hat die Verfassungsänderung in einem atemberaubenden Tempo durchgedrückt. Eine Arbeitsgruppe mit Prominenten erweckte den Anschein, Russlands Elite stehe hinter der Reform. Schöne Sätze über Gott und Vaterlands-

verteidiger sorgen für die nötige Emotionalität. Mehr als 900 Vorschläge für den Gesetzestext lenkten von der Frage ab, was Putin für seine eigene Zukunft plant. (...)

„Südwest-Presse“ (Ulm)

Nun wirft sich die Duma dem Herrscher mit dem Vorschlag zu Füßen, seine bisherigen Amtszeiten auf Null zu setzen und mit dem Zählen neu zu beginnen. Putin zielt sich. Doch bei der bekannten Unabhängigkeit der russischen Justiz sollten die Hürden nicht all zu hoch sein. Eine neue Verfassung – und alles kann bleiben, wie es ist. (...) *dpa*

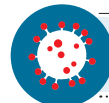
CORONAVIRUS: Gesundheitsminister kämpft mit Besonnenheit gegen Epidemie

Von Stefan Vetter

Die Corona-Fallzahlen klingen immer bedrohlicher. Umso stärker rückt das politische Krisenmanagement in den Vordergrund. Dafür steht Jens Spahn wie kein anderes Regierungsmitglied. Das markante Gesicht mit der hohen Stirn ist derzeit praktisch auf allen Kanälen präsent. Im Fernsehen und auf Twitter genauso wie in stundenlangen Pressekonferenzen. Am Dienstag druckte „Bild“ einen umfänglichen Gastkommentar des CDU-Manns. Und an diesem Mittwoch muss Spahn im Bundestag die Fragen von Abgeordneten beantworten.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Fast-Zwei-Meter-Mann das Virus zum Thema einer Regierungserklärung gemacht. Hinter den Kulissen ist Spahns Terminplan noch deutlich enger getaktet. Tägliche Krisenlagen, Gespräche mit Experten, Telefonate mit den Amtskollegen in Italien oder Frankreich. Deutlich vor Mitternacht geht da selten ein Arbeitstag zu Ende. Spahn selbst kann den Erreger nicht eindämmen, wohl aber die Verunsicherung und die Angst, die sich bei vielen Bürgern mit Corona verbindet. Das versucht er.

Ruhig im Ton, unaufgeregt in der Sache und einfühlsam in persönliche Lebenslagen – diese Wesensmerkmale sind jetzt Spahns Markenzeichen. Ein erstaunlicher Befund, wenn man bedenkt, dass dem Münsterländer noch vor nicht allzu langer Zeit ganz andere Eigenschaften nachgesagt wurden: machtgierig, Merkel-Rebell und immer für politische Querschläge gut.



CORONAVIRUS

Die Wandlung begann vor fast genau zwei Jahren mit der Übernahme des Ministerjobs. Spahn wurde zum Kümmerer für die Kranken und Hilfsbedürftigen im Land, machte die Pflege zum Mega-Thema, ließ Gesetze wie am Fließband produzieren und scheute nicht die Auseinandersetzung mit Kassen- und Ärzte-Lobbyisten. Auch beim ersten Kandidatenrennen für den Parteivorsitz im Herbst 2018 gewann der mittlerweile 39-jährige Christdemokrat politisch an Statur. Gegen die Konkurrenten Annegret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz hatte Spahn zwar keine Chance, doch wusste er sich geschickt zu inszenieren.

Dauerpräsenz in der Öffentlichkeit

Als Hoffnungsträger, der auf höhere Weihen schon wegen seines jungspundhaften Alters warten kann. In der aktuellen Krisenlage ist Spahn mit dieser Marschrichtung ebenfalls gut gefahren. Weil er sich aus der allerersten Bewerber-Reihe zurückgenommen und mit NRW-Regierungschef Armin Laschet ein „Team“ gebildet hat, kann jetzt auch niemand behaupten, Spahn wolle sich mit seiner medialen Dauerpräsenz in Sachen Corona nur einen Vorteil im Kampf um den CDU-Chefsessel verschaffen. Da ist es letztlich auch kein Wunder, wenn sogar die Opposition lobende

Wie gut ist Jens Spahn in der Krise?

Bis vor einigen Jahren war er der Rebell in der CDU, der vorlaute Gegenspieler von Kanzlerin Angela Merkel. Jetzt muss sich der Gesundheitsminister als seriöser Krisenmanager bewähren.



Ruft in der Coronavirus-Krise zu Besonnenheit auf: Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. BILD: DPA

Worte für Spahns Krisenpolitik findet. Er begrüße es, „mit welcher Klarheit, Besonnenheit und Transparenz die Bundesregierung mit der Lage umgeht“, sagt FDP-Chef Christian

Lindner. „Sehr besonnen“, nennt auch die Linkfraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali das Wirken des Ministers. Bei den Bürgern kommt Spahn ebenfalls gut an. Nach einer

Politikwissenschaftler

■ Jens Spahn wurde am 16. Mai 1980 in Ahaus im westlichen Münsterland geboren. Nach dem Abitur absolvierte er eine duale Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Westdeutschen Landesbank in Münster.

■ Anschließend studierte Spahn Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen und schloss das Studium mit dem Master of Arts ab.

■ Der Jungen Union trat Spahn 1995 bei, der CDU dann 1997. Seit 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags sowie seit 2012 Mitglied des Bundesvorstands der CDU.

■ Seit März 2018 ist Spahn Bundesminister für Gesundheit. red

aktuellen Umfrage sind mehr als zwei Drittel mit seiner Arbeit zufrieden. Die Stimmung kann allerdings schnell kippen, sollte die rasante Ausbreitung der Atemwegserkrankung das deutsche Gesundheitswesen überfordern. Der Höhepunkt der Epidemie sei noch nicht erreicht, räumt Spahn immer wieder ein.

Von der Bundesregierung wurde deshalb schon der Export von Atemschutzmasken und anderer Schutzausrüstung stark eingeschränkt. Zudem setzte Spahn die festen Personaluntergrenzen für bestimmte Stationen in Kliniken außer Kraft. Damit sollen die ohnehin häufig unterbesetzten Einrichtungen bei der Personalplanung flexibler auf das Virus reagieren. Aber viel mehr kann Spahn wohl nicht tun. Denn beim Katastrophen- und Seuchenschutz hat der Bund nur begrenzte Befugnisse. Beides ist in erster Linie Sache der Länder. Konflikte bleiben da nicht aus. Als Spahn anregte, alle Veranstaltungen mit mehr als 1000 Teilnehmern abzusagen, fühlte man sich in manchen Bundesländern düpiert. Das sei Spahns „persönliche Meinung“, die er auf „seinen persönlichen Social-Media-Kanälen“ bekannt gegeben habe, ätzte Berlins Innensenator Andreas Geisel von der SPD. Ein Warnschuss für den nicht von Eitelkeiten freien Minister.

Chance und Belastung zugleich

Die jüngere deutsche Geschichte kennt mindestens zwei Beispiele, in denen Politiker aus großen Krisen wahlweise als Gewinner oder Verlierer hervorgegangen sind. 1997 brach die Oderflut über Teile Ostdeutschlands herein, und der seinerzeit noch weitgehend unbekannt Matthias Platzeck (SPD) wurde bundesweit zum Polit-Star, weil er als damaliger brandenburgischer Umweltminister in Jeans und Holzfüßlerhemd die Krise managte. Vier Jahre später dagegen mussten Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) und Agrarressortchef Karl-Heinz Funke (SPD) zurücktreten, weil die Rinderseuche BSE aus dem Ruder gelaufen war. Spahns Meisterprüfung ist jetzt die Corona-Krise. Und er ist festen Willens, dabei in Platzecks Fußstapfen zu treten. „Wir werden diese Situation bewältigen“, schrieb der Minister gestern in „Bild“.

CDU: Die Union will ihren Parteitag noch nicht absagen – über Alternativen wird aber nachgedacht

In der Hand des Gesundheitsamtes

Von Hagen Strauß

Berlin. Die Entscheidung, ob der CDU-Parteitag am 25. April mit 1001 Delegierten und hunderten Gästen stattfindet, liegt insbesondere im Ermessen von Nicoletta Wischniewski. Sie ist Amtsärztin und Leiterin des Gesundheitsamtes Charlottenburg-Wilmersdorf und damit auch zuständig für den gesundheitlichen Katastrophenschutz in ihrem Bezirk.

Die Berliner Messe, in der der Parteitag zur Wahl des neuen Vorsitzenden stattfinden soll, liegt im Stadtteil Charlottenburg. Schon der Internationalen Tourismusbörse ITB hatte das Amt wegen der Corona-Krise so hohe Auflagen zur Durchführung gemacht, dass sie abgesagt wurde. Ähnliches könnte auch der CDU für

ihren Parteitag drohen. Oder aber Wischniewski und ihr Stab sprechen in nächster Zeit ein generelles Verbot von Großveranstaltungen im Bezirk aus, was die Union dann ebenfalls betreffen wird. Anfragen an die Behörde blieben am Dienstag unbeantwortet. Man rechne alsbald mit einer Mitteilung des Gesundheitsamtes, hieß es aus dem Konrad-Adenauer-Haus.

Einladungen haben Zeit

Von selber absagen will man den Parteitag nicht. Offiziell lautet die Losung daher noch: „Wir planen weiter.“ Also gibt es Überlegungen, Quarantänezonen einzurichten, beispielsweise Delegierte von Journalisten zu trennen oder auf Gäste aus dem Ausland zu verzichten. Die

Einladungen sind noch nicht verschickt, laut Satzung muss das erst vier Wochen vorher erfolgen. Hinter den Kulissen stellt man sich aber offenbar auf den Ernstfall einer Absage-Anordnung des Gesundheitsamtes ein – sicher ist sicher.

Dem Vernehmen nach ist ein Alternativtermin vor der Sommerpause sogar schon im Gespräch. Sollte der Parteitag also gekippt werden müssen, wäre das Verfahren dieses: Am 30. März finden die nächsten Gremiensitzungen der CDU statt, der Ersatztermin müsste beschlossen werden. Frühestens acht Wochen später kann der Parteitag stattfinden. Ende Mai würde somit die Entscheidung fallen, wer neuer CDU-Chef wird: NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, CDU-Außen-

politiker Norbert Röttgen oder Ex-Fraktionschef Friedrich Merz. Zwar hieß es gestern aus der Union, „nach heutigem Stand“ solle der Parteitag stattfinden. Doch nicht jeder ist mit dem unentschlossenen Vorgehen der eigenen Partei zufrieden. So äußerte Brandenburgs CDU-Chef Michael Stübgen Kritik, dass die Bundespartei am Parteitag festhalten wolle. „Da sehe ich eine gewisse Gefährdungslage.“ Manch einem in der Union dümmert zudem, wie skurril es ist, wenn man einerseits in der CDU mit Lob für Gesundheitsminister Jens Spahn und sein Corona-Krisenmanagement nicht spart, andererseits aber die Empfehlung des eigenen Ministers nicht umsetzt, nämlich Veranstaltungen mit über 1000 Teilnehmern abzusagen.